

Regierungsrat, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft,  
Bildung und Forschung WBF

Per E-Mail an  
[beatrice.tobler@sbfi.admin.ch](mailto:beatrice.tobler@sbfi.admin.ch)

Liestal, 10. Dezember 2019

## **Änderung des Bundesgesetzes über die Förderung der Forschung und der Innovation, Vernehmlassungsantwort**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Parmelin  
Sehr geehrte Frau Tobler  
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 20. September 2019 haben Sie uns eingeladen, im Rahmen der Vernehmlassung «Änderung des Bundesgesetzes über die Förderung der Forschung und der Innovation» Stellung zu nehmen. Wir danken für die Gelegenheit und möchten gerne folgende Rückmeldung geben:

Wir sind grundsätzlich mit den beantragten Neuregelungen der Innovationsförderung durch die Innosuisse, den Anpassungen der Reservebestimmungen für den Schweizerischen Nationalfonds (SNF) und die Innosuisse sowie den weiteren Änderungen formeller Art einverstanden.

Die Gesetzesanpassungen sind auch aufgrund unseren Erfahrungen notwendig, damit die staatliche Innovationsförderung in einem sehr dynamischen Umfeld funktionieren und Wirkung entfalten kann. Der Handlungsrahmen resp. der Spielraum der Innosuisse muss sich wieder vergrössern, und eine gewisse Flexibilität muss gewährleistet sein.

Unserer Meinung nach werden aber mit einigen der Neuregelungen (bspw. die direkte Förderung von Start-ups in der Rolle als Wirtschaftspartner) die ordnungspolitischen Grundsätze, vor allem für Schweizer Verhältnisse, strapaziert. In einer Interessensabwägung stimmen wir aber mit dem Bundesrat überein, dass die vorgeschlagenen Anpassungen das Startup Ökosystem der Schweiz stärkt, den Wissens- und Technologietransfer verbessert und schlussendlich einen volkswirtschaftlichen, aber auch gesellschaftliche Mehrnutzen generiert, was insgesamt die ordnungspolitischen Bedenken überwiegt.

Einzig die Neuregelung in § 20 Abs. 5 des FIGG geht unserer Sicht in die falsche Richtung. Es sollen keine Beiträge an privatwirtschaftliche Unternehmen (Arbeitgeber) für die Lohnfortzahlungskosten durch Gastaufenthalte oder Weiterbildungen ihrer Mitarbeiter ausbezahlt werden. Hier sollte weiterhin der Grundsatz gelten, dass die Unternehmen in erster Linie selber für die Weiterbildung

ihrer Mitarbeiter verantwortlich sind (auch finanziell). Wir beantragen somit, den § 20 Abs. 5 folgendermassen anzupassen:

*Die Beiträge nach Absatz 4 können der hochqualifizierten Person zur Deckung von direkten Projektkosten, von Teilnahmegebühren oder von Lebenshaltungskosten ausgerichtet werden. Sie können auch in Form von Stipendien oder zinslosen Darlehen ausgerichtet werden.*

Zu den anderen Gesetzesartikeln haben wir keine Bemerkungen.

Aufgrund der grossen Bedeutung der Thematik für den Kanton Basel-Landschaft sowie für die gesamte Region Basel-Jura würden wir es ausdrücklich begrüssen, wenn auch bei einer allfälligen Revision der Verordnung zum BG über die Förderung der Forschung und der Innovation (V-FIFG) eine Vernehmlassung durchgeführt wird.

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Hochachtungsvoll



Isaac Reber  
Regierungspräsident



Elisabeth Heer Dietrich  
Landschreiberin